

Initiativantrag



An den Gemeinderat der Stadt St. Pölten gemäß § 6 „Initiativrecht, Initiativantrag“ NÖ Stadtrechtsorganisationsgesetz.

Wir, die Unterzeichner_innen und zum Gemeinderat wahlberechtigten Stadtbürger_innen der Stadt St. Pölten, unterstützen diesen Initiativantrag gemäß § 6 NÖ Stadtrechtsorganisationsgesetz:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt St. Pölten spricht sich gegen den Bau der geplanten Schnellstraße S 34 aus. Er fordert die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, Leonore Gewessler, BA, und den Landesrat für Finanzen und Mobilität, DI Ludwig Schleritzko, dazu auf, den geplanten Bau der Schnellstraße S 34 auszusetzen. Darüber hinaus beschließt der Gemeinderat, keine weiteren vorbereitenden Maßnahmen durch die Gemeinde für das Projekt S 34 innerhalb ihres Wirkungsbereichs durchzuführen.

Begründung:

Das Konzept für die S 34 ist bereits Jahrzehnte alt. Inzwischen ist das Projekt ein Symbol für veraltete und rücksichtslose Verkehrs- und Umweltpolitik geworden.

Die Umweltbilanz der S 34 ist verheerend: Sie stellt einen Eingriff in weitestgehend un bebauten Natur- und Kulturräum dar. Dies hat nicht nur für die landwirtschaftliche Nutzung der Region negative Auswirkungen, sondern auch für die lokale Artenvielfalt. Die ökologischen Folgen von Versiegelung sind dramatisch. Die Wasserversorgung zahlreicher landwirtschaftlicher Betriebe wird dadurch gefährdet und die Hitzeregulation dauerhaft gestört.

Die S 34 wird zu einer massiven Zunahme des Verkehrsaufkommens führen. Die unzeitgemäße Förderung des motorisierten Individualverkehrs sorgt für eine weitere Zunahme des Autoverkehrs bis in das Zentrum der Stadt und einen stark erhöhten Schadstoffausstoß. Dieses Vorhaben ist somit ein weiteres Beispiel für eine aus der Zeit gefallene, verfehlte Verkehrspolitik.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen stellt die S 34 nicht nur ein umweltpolitisches Fiasko dar. Sie wird außerdem unglaubliche 208 Millionen Euro kosten, wobei etwaige Folgekosten noch nicht berücksichtigt sind. Diese Summe in ein modernes Verkehrskonzept mit sinnvoller Erweiterung von Bus und Bahn sowie Radwegen und einer grundsätzlich verbesserten Anbindung an den öffentlichen Verkehr, zu investieren, wäre eine zukunftsorientierte Alternative.

Aus diesen Gründen ist es für die Stadt St. Pölten unabdingbar, ihre Stimme für die Bevölkerung und gegen das geplante Projekt S 34 zu erheben. Es braucht ein starkes Signal der Landeshauptstadt St. Pölten in Richtung Land und Bund, um dieses Projekt noch zu stoppen.

